

Wie wir uns Rassismus beibringen

Eine längst überfällige Betrachtung
rassistischen Denkens in Deutschland

„Die Journalistin und Politikwissenschaftlerin Gilda Sahebi zeigt in ihrer klaren Analyse: Wir alle denken rassistisch. Mit Extremismus hat das nichts zu tun. Sondern es ist Konsequenz politischer und gesellschaftlicher Strukturen, die unser Denken und unser Handeln formen. Wo Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften aufeinandertreffen, bilden sich fast zwangsläufig rassistische Denkmuster und Strukturen – außer man steuert bewusst dagegen. In Deutschland tut man das nicht. Der Rassismus-»Vorwurf«: Er wird abgetan. Lieber empört man sich, als eine ernsthafte Debatte zu führen und tatsächliche Probleme zu lösen.

Gilda Sahebi analysiert die Spezifika des deutschen Rassismus. Dafür blickt sie zurück bis ins Deutsche Kaiserreich und verfolgt die roten Fäden rassistischen Denkens, die sich von damals bis in die Debatten unserer Gegenwart – etwa um die Staatsbürgerschaft, den Nahostkonflikt oder Migration – ziehen. Sie zeigt, wie wir rassistische und spaltende Narrative stetig weitertragen, uns Rassismus immer wieder beibringen – und damit die Demokratie gefährden.“

„Zuzugssperre“

Verschiedene Städte führten Anfang der 1970er Jahre eine Zuzugssperre für Ausländer ein. Ausgenommen waren EWG-Bürger*innen, also Personen aus Staaten des EU-Vorläufers Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Auch US-Amerikaner*innen waren in der Regel von dieser Zuzugssperre ausgenommen. Sobald in einer Region mehr als zwölf Prozent »Ausländer« lebten, galt eine Zuzugssperre für ein Jahr.

In München überschritten 14 Stadtteile den Grenzwert von zwölf Prozent »Ausländern«; Oberbürgermeister Georg Kronawitter nannte die Situation das „Münchener Harlem“. Die bundesweite Regelung der Zuzugssperren wurde 1976 wegen verfassungsrechtlicher Bedenken wieder aufgehoben. An den rassistischen Denkmustern, die dahinter standen, änderte das allerdings nichts.

lebten noch ein Viertel der ausländischen Arbeitskräfte in solchen Baracken. In den Baracken standen die Menschen unter der Fuchtel der Arbeitgeber*innen oder anderer Verwalter*innen der Räume. Oft umzäunt, wurde kontrolliert, wer hinein- und hinausging. Gäste durften die Baracken nicht betreten, Frauen und Männer waren getrennt untergebracht. Wenn die Bewohner*innen die Böden nicht sauber hielten, mussten sie Strafen zahlen; wenn es einen Fernseher gab, wurde dieser von einer Aufsicht kontrolliert. Ein Beispiel für eine Hausordnung aus dieser Zeit: „Es ist streng verboten, die Möbel zu verrücken. [...] Es ist nicht erlaubt, angezogen im Bett zu liegen. [...] Es ist nicht erlaubt, Fotografien oder Zeitungsausschnitte auf den Mauern oder Möbeln der Zimmer anzuhängen.“ Kommt uns das nicht bekannt vor?

Keine Änderung in Sicht

Im Sommer 2023 passierten viele Dinge gleichzeitig. Am 18. Juni hielt die Bundespolizistin Claudia Pechstein vor einem CDU-Konvent eine Rede, in der sie die Abschiebung von Asylbewerbern forderte, weil das für mehr Sicherheit im Alltag Sorge. Ältere und Frauen könnten die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr „ohne ängstliche Blicke“ nutzen. Die anwesenden Politiker*innen klatschten. Am 25. Juni wurde im thüringischen Landkreis Sonneberg der bundesweit erste AfD-Landrat gewählt. Am 2. Juli wurde in Sachsen-Anhalt, in Raguhn-Jeßnitz, der erste AfD-Bürgermeister gewählt. Am 23. Juli sagte CDU-Chef Friedrich Merz in einem Interview: „Wenn dort [auf kommunaler Ebene] ein Landrat, ein Bürgermeister gewählt wird, der der AfD angehört, ist es selbstverständlich, dass man dann nach Wegen sucht, wie man dann in dieser Stadt weiter gemeinsam arbeiten kann.“ Der Schein der berühmt-berüchtigten „Brandmauer“ verschwand. Die „Brandmauer“ selbst hatte ohnehin nie existiert.

Belastungsgrenze

Was also ist diese „Belastungsgrenze“? Wie viele Geflüchtete „verträgt“ Deutschland? Als nach dem Zweiten Weltkrieg 12 bis 14 Millionen Geflüchtete in Deutschland aufgenommen werden mussten, betrug die deutsche Bevölkerung etwa 56 Millionen. Im Jahr 2023 lebten in Deutschland etwa 83 Millionen Menschen; die Zahl der anerkannten Geflüchteten lag zum Stichtag am 30. Juni 2023 bei 1,57 Millionen. Dazu kamen noch rund 276000 Asylbewerber*innen und etwa 170000 „ausreisepflichtige“ Personen, außerdem rund eine Million Geflüchtete aus der Ukraine (die kein Asyl beantragen mussten, sondern direkt

Die „Brandmauer“ selbst hatte ohnehin nie existiert

Lebensumstände erschweren

Es ist eine Konstante in der deutschen Migrationspolitik, die Lebensumstände von Migrant*innen zu erschweren, damit sie entweder nicht bleiben, gehen oder gar nicht erst kommen. Im Kaiserreich wollte man das durch die Ausweisung von Pol*innen zum Ende der Erntezeit erreichen, damit sie die Winter über nicht in Deutschland verbrachten und damit nicht dazu verleitet wurden, dauerhaft zu bleiben. Bei den Gastarbeiter*innen hat man im Prinzip verschiedene Mittel angewendet, um die Menschen zur Rückkehr zu „bewegen“. Auch heute wird die Erschwerung der Lebensumstände staatlicherseits bewusst betrieben, vor allem für Geflüchtete.

Wohnsituation

Die Wohnungssituation war dabei eines der größten Probleme für die eingewanderten Menschen. Die Bundesregierung schätzte im Jahr 1962, dass etwa zwei Drittel der Arbeiter*innen in Gemeinschaftsunterkünften, also den Baracken, wohnte; diese waren von Arbeitgeber*innen, Behörden oder Privatpersonen bereitgestellt worden. Im Jahr 1971

eine Aufenthaltserlaubnis bekamen). Die Rede ist also insgesamt von etwa 3 Millionen Menschen. Auch die wörtliche Rede von der „Belastungsgrenze“ ist alt (das Prinzip selbst ist in Deutschland natürlich weitaus älter). So sagte zum Beispiel zu Beginn der 1980er Jahre der damalige Innenminister Baden-Württembergs und spätere Bundespräsident Roman Herzog, dass „die Frage nach den Belastbarkeitsgrenzen jetzt zunehmend in den Mittelpunkt der Ausländerpolitik“ rücken müsse, so steht es in einer Fachzeitschrift der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Und weiter beschreibt das Blatt: „Die Landtage von Nordrhein-Westfalen und Hessen stellten fest, dass die Aufnahmemöglichkeiten ihrer Länder erschöpft seien.“ Im Jahr 1997 stellte der SPD-Politiker Gerhard Schröder fest: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Im Jahr 1998 sagte der SPD-Bundesinnenminister Otto Schily wortgleich: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Die „Belastungsgrenze“ wurde allem Anschein nach schon vor Jahrzehnten immer wieder aufs Neue erreicht. Im Oktober 2023 wiederholte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in guter Tradition: „Wir brauchen eine Begrenzung der Zugänge, das ist keine Frage.“

Einwanderungsland

Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jahr 1981: „Die Bundesrepublik soll und will kein Einwanderungsland werden.“ Im Jahr 1982 legte die Schwarz-Gelbe Koalition in ihren Koalitionsgesprächen fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.“

Helmut Kohl, 1989: „Wir sind kein Einwanderungsland und wir können es auch nicht werden.“

„Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland und kann es aufgrund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten auch nicht werden“, hieß es in einem Positionspapier der CDU und CSU aus dem Jahr 2001.

„Wir waren nie ein Einwanderungsland und wir sind's bis heute nicht“, sagte der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble bei einem Kongress der Caritas im Jahr 2006.

Der Hamburger CDU-Politiker Christoph de Vries erklärte im Jahr 2021: „Deutschland ist kein Einwanderungsland [...]“

Diese Aussagen, die stellvertretend für viele andere Stimmen stehen, die über die Jahre dieses oder Ähnliches sagen, sind absolut richtig. Deutschland ist kein Einwanderungsland. Das war es nie und ist es heute nicht. Faktisch ist es das natürlich – und zwar schon lange; nur eben nie strukturell und schon gar nicht ideell.

„Im Oktober 2023 fand am Abend der Landtagswahlen in Hessen und Bayern in der ARD wie gewohnt die Berliner Runde statt. Anwesend waren Vertreter*innen aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie der Freien Wähler. Am Ende der Diskussion stellte die Moderatorin die Frage: „Wenn Sie sich entscheiden müssten, welches Problem in Deutschland muss am dringlichsten gelöst werden?“ Der AfD-Politiker antwortete zuerst, dann die anderen Politiker*innen. In dieser Reihenfolge: Bernd Baumann (AfD): „Das ist das Migrationsproblem. Das muss gelöst werden.“

Martin Huber (FW): „Migration ist ohne Zweifel eins der drängendsten Themen dieser Zeit [...]“

Carsten Linnemann (CDU): „Die Ampel hat heute in Hessen einen vor den Bug bekommen, minus zehn Prozentpunkte. Das soll ein Signal sein, dass genau dieses Thema Migration jetzt angegangen werden muss [...]. Wir stehen konstruktiv [...] mit Konzepten bereit.“

Bijan Djir-Sarai (FDP): „Das Thema Migration [...]“ Emily Büning (Grüne): „Wir müssen das Thema angehen, wir müssen unsere Kommunen in dem Thema Migration unterstützen und in der Aufnahme der Geflüchteten [...]“

Kevin Kühnert (SPD): „Migration ist mir zu klein an der Stelle. Wenn ich das Thema benennen muss, ist es gesellschaftlicher Zusammenhalt. Genauso wie Menschen sich Sorgen vor der Überforderung unserer Kommunen und unserer Hilfesysteme machen, machen sich Menschen Sorgen vor dem stärker werdenden rechten Rand [...]“



Gilda Sahebi ist ausgebildete Ärztin und studierte Politikwissenschaftlerin. Ihr journalistisches Volontariat absolvierte sie beim Bayerischen Rundfunk, als freie Journalistin arbeitet sie mit den Schwerpunkten Innen- und Außenpolitik, autoritäre Systeme und Polarisierung. Sie ist Autorin für die »taz« und den »Spiegel« und arbeitet unter anderem für die ARD. Ihre Bücher »Unser Schwert ist Liebe« Die feministische Revolte im Iran« und »Wie wir uns Rassismus beibringen. Eine Analyse deutscher Debatten« erschienen 2023 und 2024 beim S. Fischer Verlag. Ihr aktuelles Buch »Verbinden statt spalten. Eine Antwort auf die Politik der Polarisierung« erschien im September 2025. Gilda Sahebi lebt in Berlin.